Petition 205360

Kraftstoffe für Fahrzeuge - Schätzung von krisenbedingten Umsatzsteuer-Mehreinnahmen des Bundes aus Benzin und Diesel

Text der Petition	Mit der Petition wird gefordert, krisenbedingte Umsatzsteuer-Mehreinnahmen des Bundes aus Benzin und Diesel jährlich nach transparenter Methode zu schätzen und in entsprechender Höhe für ein Bundesprogramm zur Versorgungssicherheit einzusetzen.
Begründung	Hohe Kraftstoffpreise belasten Haushalte, Berufspendler, Handwerk, Landwirtschaft, Pflege, Rettungsdienste und Logistik. Auf kurzfristige Preissprünge sollte der Staat nicht nur mit befristeten Steuersenkungen reagieren, sondern Versorgungsrisiken und logistische Engpässe dauerhaft verringern. Dabei ist eine sachliche Unterscheidung notwendig: Die Energiesteuer auf Benzin und Diesel ist grundsätzlich ein fester Betrag je Liter und steigt daher nicht mit dem Tankstellenpreis. Dagegen wächst der im Bruttopreis enthaltene Umsatzsteuerbetrag, wenn der Nettopreis steigt. Die tatsächlichen Mehreinnahmen lassen sich aber nicht einfach aus der Preissteigerung ableiten, weil der Verbrauch sinken kann, Unternehmen zum Vorsteuerabzug berechtigt sind und die Umsatzsteuer zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verteilt wird. Deshalb soll die Bundesregierung krisenbedingte Umsatzsteuer-Mehreinnahmen des Bundes nach einer einheitlichen, öffentlich nachvollziehbaren Methode schätzen. Soweit solche Mehreinnahmen entstehen, soll der Bundestag in entsprechender Höhe Mittel für ein langfristiges Programm zur widerstandsfähigen Kraftstoff- und Energieversorgung bereitstellen. Deutschland erhält Rohöl und Mineralölprodukte über grenzüberschreitende Pipelines, Seehäfen und weitere Transportwege. Störungen an einzelnen Pipelines, Häfen, Wasserstraßen, Bahnstrecken oder Raffinerien können die Versorgung regional beeinträchtigen und Transportkosten erhöhen. Das Programm soll deshalb nach nachgewiesenem Nutzen insbesondere fördern: – Ausbau und Ertüchtigung wichtiger Pipeline- und Raffinerieanschlüsse, – zusätzliche Anbindungen an Seehäfen und Nachbarstaaten, – Umschlagmöglichkeiten für Schiene und Binnenschifffahrt, – strategisch verteilte Lager- und Reservekapazitäten, – Notfallpläne für den Ausfall einzelner Lieferwege oder Raffinerien, – Diversifizierung der Lieferländer und Bezugsquellen, – Infrastruktur für nachhaltig erzeugte biogene und synthetische Kraftstoffe. Neue Investitionen dürfen nicht zu einer langfristigen Bindung an fossiles Erdöl führen. Wo technisch und wirtschaftlich möglich, sollen Leitungen, Terminals und

Speicher später auch für klimaneutrale Energieträger oder deren Ausgangsstoffe nutzbar sein. Zusätzliche Pipelines allein machen Deutschland nicht unabhängig von den Weltmarktpreisen für Erdöl.

Die Bundesregierung soll jährlich berichten, wie die geschätzten Mehreinnahmen berechnet wurden, welche Projekte finanziert werden, welche Kapazitäten entstehen und wie dadurch das Risiko von Engpässen sinkt. Fördermittel dürfen nicht pauschal an Mineralölunternehmen fließen, sondern nur für transparente Projekte mit nachgewiesenem öffentlichem Nutzen.

Ziel ist, zusätzliche staatliche Einnahmen aus Preisspitzen nicht wirkungslos im allgemeinen Haushalt aufgehen zu lassen, sondern sie für eine sichere, vielfältige und langfristig weniger krisenanfällige Versorgung einzusetzen.